

Evangelische Kirche A.B. in Österreich

Der Bischof

Hirtenbrief an die
Gemeinden der Evangelischen Kirche A.B.

Gemäß § 176 (1) 2. Kirchenverfassung
Vorlesen im Gottesdienst

Zahl: 1626/00ap

Wien, 24.02.2000

Liebe Schwestern und Brüder!

Die gegenwärtige politische Situation in unserem Land wirkt sich auch in unserer Kirche aus.

Das wurde sichtbar in der Teilnahme evangelischer Christen an der Demonstration am 19. Februar, das wird hörbar in besorgten oder bestürzten Anfragen nach der politischen Einstellung unserer Kirche und wird spürbar in einer bisweilen aggressiven und herabwürdigenden Auseinandersetzung - z.B. auf der Pinnwand der Evangelischen Kirche im Internet.

Mit großer Dankbarkeit stelle ich fest, dass es einen breiten und unwidersprochenen Konsens gibt in folgenden Bereichen:

Frühzeitig und deutlich hat sich unsere Kirche gegen jede Form von Antisemitismus, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ausgesprochen

Synode Oktober 98: Zeit zur Umkehr – die Evangelische Kirche und die Juden

Synode November 99: Stellungnahme gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, als Hirtenbrief verlesen am 2. Adventsonntag 1999.

Im Gewissen gebunden an Gottes Wort haben evangelische Christen bei konkreten Anlässen gegen die Verletzung von Menschenrechten und Menschenwürde ihre Stimme erhoben. Zum Beispiel: Unterschriftenliste "Es reicht!" gegen die Ausländerplakate im Wahlkampf 1999. Verschiedene Erklärungen der Diakonie und des Flüchtlingsdienstes. Im Sinne des biblischen Zeugnisses (Römerbrief, Kapitel 13) und der reformatorischen Wertschätzung des Staates (Augsburger Bekenntnis Artikel 16) als der Institution, die das Zusammenleben der Menschen ordnet, seine Bürger schützt und dem Unrecht wehrt, stehen wir alle zu der demokratischen Willensbildung in unserem Land und respektieren die gewählten Organe des Staates. Einig sind wir uns in der Ablehnung von Gewalt. Besonders wichtig ist uns, dass unsere Kirche, ihre Gemeinden und Einrichtungen und

besonders die Verkündigung des Evangeliums und die Seelsorge frei bleiben von jedem politischen Einfluss. Für alle an der Verkündigung beteiligten Mitarbeiter unserer Kirche stellen die Kirchengesetze die Unvereinbarkeit ihres kirchlichen Amtes mit parteipolitischer Tätigkeit fest.

Unterschiedliche Auffassungen gibt es allerdings auch:

In der Frage, ob man die neue Regierung von Anfang an in Verbindung bringen darf mit rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen, die Mitglieder der Freiheitlichen Partei Österreichs getan haben. Die einen rufen zum eindeutigen und sofortigen Widerstand gegen diese Regierung auf (vergleichbar mit den 14 Staaten der EU), die anderen sind der Meinung, dass man die Regierungserklärung und die Präambel dazu zunächst einmal ernst zu nehmen hat und die Regierung an ihren Taten zu messen ist.

Unterschiedliche Positionen gibt es auch darin, dass einige unterscheiden zwischen dem Wahlergebnis, das in demokratischer Weise respektiert werden muss und der Regierungsbildung, die nicht mehr vom Wähler unmittelbar beeinflusst werden kann und wogegen daher Widerspruch gerechtfertigt ist.

Unterschiedliche Meinungen gibt es auch in der Frage, ob und wann das öffentliche Auftreten eines Amtsträgers als parteipolitische Stellungnahme zu bewerten ist.

Unterschiedlich wird auch die Frage beurteilt, ob es genügt, dass der einzelne Christ gemäß seinem an das Wort Gottes gebundenen Gewissen politisch handelt, oder ob auch in unserer Kirche orientierende und klärende Stellungnahmen der Kirchenleitung erwartet werden.

Zu diesen Fragen möchte der Evangelische Oberkirchenrat A.u.H.B. Ihre Meinung hören. Wenn Ihre Gemeinde eine Stellungnahme abgibt, nehmen wir sie gerne entgegen und werden Sie über den weiteren Prozess informieren.

Dazu bitte ich Sie nun, die folgenden Gedanken zu prüfen und nach bestem Wissen und Gewissen zu verwirklichen:

Unser Auftrag vom Evangelium her und ein besonderes Anliegen ist die Sorge um Menschenrecht und Menschenwürde, der Widerstand gegen jede Form von Rassismus, das Eintreten für die Fremden, für die Schwachen, für die Stummen.

Das gegenwärtige Interesse für politische Fragen – besonders unter der Jugend – ist ein wertvoller Baustein einer verantwortlichen demokratischen Gestaltung unserer Zukunft. Wir müssen uns aber vor allen Formen der Hysterie, der Überreaktion, der Verachtung andersdenkender Menschen hüten. Zu unserer Geschichte gehört die nationalsozialistische Vergangenheit. Es ist dringend notwendig, dass wir aufmerksam und selbstkritisch darauf achten, wo wir auch heute noch Gedanken und Sprache dieser Ideologie gebrauchen; wir müssen dies erkennen, aufarbeiten und überwinden. Viele Evangelische Gemeinden haben in der Vergangenheit Flüchtlinge aufgenommen und sich um Asylwerber gekümmert. Wir müssen heute und weiterhin die Situation der Fremden unter uns wahrnehmen, Orte der Begegnung in unseren Gemeinden schaffen und alles dazu tun, dass sie gleichberechtigt mit uns leben können. Pauschale Verurteilungen und persönliche Diffamierungen widersprechen dem Geist Jesu. Unser Stil ist "Das Evangelische Gespräch" (eine Formulierung des Lutherischen Weltbundes), die offene Diskussion der unterschiedlichen Standpunkte an einem Tisch. Das gegenwärtige Bild

Österreichs im Ausland belastet uns und schädigt unser Land. Wir bemühen uns, unsere europäischen Partnerkirchen zu informieren und um ein besseres Verständnis zu werben. Darüber hinaus habe ich die Hoffnung, dass durch diesen gegenwärtigen Prozess in Europa eine neue Sensibilität entsteht gegen Rassismus und für die Situation der Fremden.

Der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich, dem auch unsere Kirche angehört, hat Anfang Februar zum Gebet für unser Land aufgerufen. Solches Gebet meint nicht Ersatz für unser Tun, sondern ein Heraustreten aus den eigenen Geleisen vor das Angesicht Gottes. Dieses Gebet ist Fürbitte für die "Obrigkeit" und für Menschen, die unter Vorurteilen und Hass leiden, auch unter unserem Hass. So ist es Bitte um Umkehr und Erneuerung des eigenen Lebens und der persönlichen und gemeinschaftlichen Beziehungen.

Ich bitte nun darum, dass wir die gegenwärtige Herausforderung annehmen, indem wir gegen jede Form der Menschenverachtung die Stimme erheben, in unserer Kirche mit unterschiedlichen Positionen im Gespräch bleiben, in der Öffentlichkeit und gegenüber dem Ausland Rechenschaft geben von unserem Glauben und unserem Tun und so wachsen auf den hin, der das Haupt ist, Christus.

Ich bitte Gott um seinen Segen für unsere Kirche, für unser Land und für unser Europa und grüße Sie in der Verbundenheit des Glaubens und des Dienstes.

Ihr Mag. Herwig Sturm Bischof